

Interpellation Christa Ammann (AL): Ein netter Vorgarten für eine der dreckigsten Firmen mit Sitz in Bern?

Die BKW mit Hauptsitz in der Stadt Bern wird im Laufe dieses Herbstes zusammen mit der GDF Suez SA das Kohlekraftwerk Wilhelmshaven in Betrieb nehmen. Das Kohlekraftwerk Wilhelmshaven ist eine Dreckschleuder, welche bei einer Leistung von ca. 830 MW 4,7 Millionen Tonnen CO² ausstösst. Durch die Beteiligung an diesem Kohlekraftwerk (33% - 277 MW) wird die BKW zur CO²-intensivsten Firma mit Hauptsitz in der Stadt Bern. Im Hintergrund dazu laufen Verhandlungen zwischen der BKW und dem ENSI, um das 41 jährige AKW Mühleberg ohne eine grössere Nachrüstung nach 2017 weiter zu betreiben. Die Stadt Bern hat mehrmals geäussert, dass sie einerseits den Atomausstieg will, und hat in der lokalen Agenda 21 unter anderem folgende Zielsetzung festgeschrieben: „Alle tragen Sorge zu den natürlichen Lebensgrundlagen wie Wasser, Luft und Boden und helfen mit, Abfall und Schadstoffe zu reduzieren (...).“

Die Kohle, welche in Wilhelmshaven verwendet wird, stammt aus russischen Minen und aus kolumbianischen Tagebauminen. Im Umfeld dieser Minen gibt es schwere Umweltverschmutzungen (Staubbelastung, Feinstaub, Gewässerverschmutzung, Erschütterungen durch Explosionen) sowie Krankheiten bei den AnwohnerInnen. In Kolumbien werden internationale Standards, wie das Recht von indigenen Gemeinden auf vorgängige, freie und informierte Konsultation (free, prior and informed consent FPIC), welches in der Konvention 169 der ILO; in UN-Normen und in der kolumbianischen Verfassung festgehalten ist, praktisch nie eingehalten. Soziale Konflikte und Arbeitskonflikte sind permanent, die Sicherheit am Arbeitsplatz ist mangelhaft und ein hoher Anteil der ArbeiterInnen ist über Kontraktfirmen angestellt und ihre gewerkschaftliche Organisation wird torpediert. Hinzu kommen immer wieder Drohungen gegen Gewerkschafter durch Paramilitärs. Am Anfang von diesem Jahr gab es das erste Mal seit 22 Jahren einen Streik der Minenarbeiter von El Cerrejón, welcher schliesslich für die 4800 Festangestellten einige Verbesserungen mit sich brachte. Die 7000 LeiharbeiterInnen und TemporärarbeiterInnen sind jedoch von diesen Verbesserungen ausgeschlossen.

In der Gemeindeordnung der Stadt Bern (Art.8) ist zudem festgeschrieben, dass die Stadt Bern anstrebt, die Atomenergie durch erneuerbare Energien zu ersetzen.

Die Beteiligung der BKW am Kohlekraftwerk ist ein Affront an diese Zielsetzungen und ist mit der in der Gemeindeordnung festgehaltenen Ersetzung des Atomstroms mit erneuerbaren Energien nicht vereinbar.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern die Stadt Bern mit öffentlichen Geldern weiterhin einen Beitrag zur sauberen Imagepflege der BKW beitragen soll.

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Inwiefern setzt sich der Gemeinderat dafür ein, die Beteiligung der BKW am Kohlekraftwerk Wilhelmshaven zu verhindern oder zumindest nach der Testphase im Frühling 2014 zu stoppen?
2. Wie gedenkt der Gemeinderat, die Motion Penher/Ruch „Stadt setzt sichtbares Zeichen gegen die Atomenergie (11.000209)“ umzusetzen?
 - a. Welche Möglichkeit gibt es für die Anti-AKW-AktivistInnen ein Zeichen gegen die Gefahr des maroden Atomkraftwerks und die Kohledrecksschleuder zu setzen?
3. Inwiefern setzt sich der Gemeinderat dafür ein, dass in Bern ansässige Firmen weder direkt noch indirekt an massiven Umweltverschmutzungen und Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind?

- a. Welche rechtlichen Mittel stehen ihm dazu zur Verfügung?
 - b. Welche politischen Mittel stehen ihm dazu zur Verfügung?
 - c. Falls dem Gemeinderat keine Mittel zur Verfügung stehen: welche möglichen Änderungen sieht er, damit dies von den ansässigen Firmen verlangt werden kann?
4. Welche Mittel stehen dem Gemeinderat zur Verfügung, damit in Bern ansässige Firmen auch im Ausland Gewerkschaftsrecht einhalten oder nur mit Firmen zusammenarbeiten, welche diese Rechte einhalten?
- a. Falls dem Gemeinderat keine Mittel zur Verfügung stehen: welche möglichen Änderungen sieht er, damit dies von den ansässigen Firmen verlangt werden kann?
5. Hat die CO²-intensivste und gefährlichste (AKW) Firma mit Sitz in der Stadt Bern aus Sicht des Gemeinderates weiterhin einen teuer zubereiteten imagepflegenden Vorgarten verdient?
- a. Wie viel kostet der bisherige Unterhalt?
 - b. Ist dieser Aufwand angesichts der knappen Finanzen der Stadt Bern gerechtfertigt?
 - c. Zieht der Gemeinderat eine einfachere und kostengünstigere Gestaltungsalternative in Betracht wie beispielsweise Gründüngung oder die Nutzung für eine „essbare Stadt“?
 - d. Für welchen Teil des Viktoriaplatzes gilt der uralte Nutzungsvertrag zwischen der Stadt und der BKW? Gilt er auch für den Platz mit den Bänken, der an die Optingenstrasse grenzt?

Begründung der Dringlichkeit:

Das Kohlekraftwerk Wilhelmshaven soll im Herbst 2013 in Betrieb genommen werden.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 20. Juni 2013

Erstunterzeichnende: Christa Ammann

Mitunterzeichnende: Luzius Theiler, Rolf Zbinden, Stéphanie Penher, Leena Schmitter, Lea Bill, Mess Barry, Cristina Anliker-Mansour, Regula Tschanz, Melanie Mettler, Sandra Rysler, Lilian Tobler, Peter Ammann, Annette Lehmann, Katharina Altas, Yasemin Cevik, Rithy Chheng, Halua Pinto de Magalhães, Patrizia Mordini, Michael Sutter, Lena Sorg, David Stampfli